

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 10924, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 154.

Mittwoch, den 5. Juli 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Der Umsturz in Italien.

Unser pv.-Mitarbeiter schreibt uns:\*)

Italien ist ein Staat von Revolutionsgnaden. Die degenerierte Aristokratie, die schurkischen Duzendfürsten, hatten das italienische Volk in einen Sumpf hineinregiert, aus dem es nur durch revolutionäre Thaten gerettet werden konnte; ohne den Plan eines Garibaldi, ohne die Sympathie des freibeitlich denkenden Europas hätte Italien niemals die Gewalt der Habsburger, des Papstes und der Duobesfürsten brechen können. Von Revolutionsgnaden regiert auch das Haus Savoyen: Nicht ein Mann hat dieses Geschlecht aufzuweisen, höchstens Männchen, die sich zu verheirathen wußten; aber unter den bestehenden Verhältnissen mußte ein Königthron errichtet werden, und es bestiegen ihn zum Verderben des Volkes die Savoyer. Sie hatten nichts eiligeres zu thun, als ihren revolutionären Ursprung zu verleugnen, und heute ist Humbert der Schnaubartige ein würdiges Gegenstück zu Leopold dem Fideles von Belgien — eine königliche Stütze der europäischen Reaktion.

Immer tiefer und tiefer sinkt das genial angelegte Volk Italiens ins Elend unter dem Drucke eines wahnwitzigen Militarismus; eine beispiellos korrupte Verwaltung und zügellose Profitgier der mit Liebesgaben gefütterten Bourgeoisie schließen die wirtschaftliche Entwicklung aus. Das Elend und die Empörung gegen die Beamten, welche die Hungersnoth des Volkes zu eigenem Vortheil ausnützten, trieben im Mai 1898 das verzweifelte Volk Mittelitaliens zu Revolten und dann trieb die niederträchtige Gewaltpolitik die Arbeiter Mailands auf die Barrikaden.

Humbert berief Pelloux zur Regierung, einen „Vertrauensmann des Hofes“; der Hof, an dem die zarte Margherita waltet, schenkte sein Vertrauen natürlich einem brutalen Gewaltmenschen, der das ganze gestützte Europa durch den weißen Schrecken empörte, den er in dem unglücklichen Lande entfesselte. Natürlich mußte man, damit die parlamentarische Farce weitergespielt werden konnte, neben den Generalen ein paar parlamentarische Minister haben, und da die Kammer eine „liberale“ Majorität besaß, so kamen eben Liberale ins Ministerium, die mit einer quasi demokratischen Steuerreform kokettirten, wohl wissend, daß dieselbe nicht Gesetz werden wird. Andererseits mußte der infame „Sieg“ der Soldateska über die Mailänder Arbeiter ausgebeutet werden. — Pelloux ließ ein Knebelgesetz gegen die Presse und die Vereine ausarbeiten, wobei die „liberale“ tapfer mithalfen. Kommt es ja dieser feilen Bande von Stellenjägern, die sich in dem Parlamentspalaste auf Monte Citorio als „Volksvertreter“ aufspielen, einzig darauf an, wer von den Parteiführern an der Regierung theilnimmt, um seiner Gefolgschaft fette Bissen zuzuwenden. Es begann dann das Drahtziehen; die Einen steiften sich auf die Steuerreform, die Anderen auf das Ausnahmegesetz, das Letztere wurde endlich im März an eine Kommission gewiesen. — Inzwischen kam die Chinaaffäre. Die Regierung wollte nach bewährten Mustern, um über die trostlose Lage im Innern hinwegzutäuschen, mit Erfolgen der ausländischen Politik paradien, benahm sich dabei aber so täppisch, daß sie sich eine Schlappe holte. Das bemerkten die parlamentarischen Rasgeier, das Ministerium wurde gestürzt und die Stellen der Liberalen mit waschechten Reaktionären besetzt. Jetzt war aber diesen das Ausnahmegesetz noch nicht niederträchtig genug und wurde umgemodelt; als dann die zweite Lesung am 1. Juni begann, kam ein Wechselbalg zu Tage, der geradezu monströs war. — Die Berathung begann. Die Sozialisten und eine kleine Anzahl bürgerlicher Deputirter, die noch nicht alle Ehre im Verle verloren, hatten jetzt die Pflicht, die öffentliche Meinung, welche bei all den Wirren schließlich ganz apathisch geworden ist, aufzurütteln. Mit Reden allein war es nicht gethan, es mußten alle parlamentarischen Mittel in Szene gesetzt werden, um die einfache Durchpeitschung dieses Schandgesetzes zu verhindern; es begann die Obstruktion. Berechtigt wie nur

je eine Obstruktion, wurde sie mit wahrer Meisterhaftigkeit geführt. Welch ein Unterschied zwischen dem Gebahren der Hanswurste in Wien, der Wolf und Konforten, welche schließlich selbst nicht wissen, was sie wollen und dem geschickten Kampfe unserer italienischen Genossen! Mit einem Uebermaß von Geist und Witz gingen die sozialistischen Redner zu Werke, es waren wirkliche Glanzstücke der Beredsamkeit; Diaketen bissigen Spottes stachelten die schamlosen Reaktionäre zur blinden Wuth; ein der Situation angemessenes wüthendes Pathos hob die Reden, die zum Fenster hinaus, an die Massen gehalten wurden. Das Stimmvieh der Mehrheitsparteien wagte sich nicht heraus zum Kampfe; diese Bande kann nur stimmen. So ließ man sie denn stimmen. Genosse Ferri besonders entfaltete geradezu Genialität in der Erfindung von Abstimmungsanträgen.

Da das Verfahren der Opposition durchaus streng parlamentarisch war, konnte die Mehrheit nichts dagegen thun, sie machte ihrer ohnmächtigen Wuth in viehischem Geheul Luft und zwang schließlich den Präsidenten zu Gewaltthaten, würdig des Schlachzigenstufes Abrahamowicz im österreichischen Parlament. Dieser Präsident, ein gewisser Chinaglia, war als 18jähriger Jüngling Garibaldiener! So kommt man auf den Hund, wenn man einmal die „Ordnung“ zu stützen beginnt. Drei Wochen lang mußte so Herr Pelloux und sein Stimmvieh Spieghruthen laufen und jeder Tag trug dazu bei, die Gleichgültigen im Lande aufzurütteln.

Am 22. Juni that die Regierung, was jede unfähige Regierung früher oder später that — sie verließ den Boden des Gesetzes, griff zu einem revolutionären Akte, zur Diktatur; die Kammer wurde bis zum 28. Juni vertagt und das Gesetz durch ein „königliches Dekret“ „vorläufig“ in Kraft gesetzt; d. h. die Kammer wurde vor die „vollendete Thatsache“ gestellt, sie soll nachträglich der Regierung Inbenedikt (Entlastung) erteilen, aber die Regierung erklärte, wenn die Kammer es nicht innerhalb 23 Tagen annehme, werde sie das Dekret aufrecht erhalten.

Es hatte also die Regierung mit dem König an der Spitze die Verfassung gebrochen, sich eines Verbrechens schuldig gemacht, welches eine Kammer, die sich ihrer Pflicht dem Volke gegenüber bewußt ist, nur damit erwidern könnte, daß sie unverzüglich die Regierung in den Anklagezustand versetzt.

Natürlich hat es diese Kammer, deren Majorität sich zum Theil aus ehrlosen Dieben — man denke an die Bankdiebstähle, welche Crispien und Genossen vollbrachten — zum Theil aus einflussreichen Stellenjägern, und zum Theil aus ehrgeizigen Nullen zusammensetzt, nicht gethan; sie hat am Donnerstag mit 208 gegen 138 Stimmen das Dekret derselben Kommission überwiesen, welche das Schandgesetz zu berathen hatte. Die Opposition ist erbrockelt. Aber die Opposition, deren Geist die Sozialisten waren, hat ihre Pflicht gethan, das Land ist gewarnt vor der Gefahr, in der es schwebt, und diese ist wahrlich nicht gering: Die Kautschukparagrafen des Dekrets ermöglichen es der Regierung, jedes unabhängige Blatt zu unterdrücken, jeden mißliebigen Verein zu schließen; es wird auf Umwegen der Absolutismus eingeführt.

Womit dieser Konflikt enden wird, weiß heute kein Mensch. Noch hat es die Kammer in der Hand, das Dekret abzuweisen, das Ministerium mit Schimpf und Schande davon zu jagen und so dem König begreiflich zu machen, daß er nicht ungestraft mit dem Feuer spielen darf. Die Liebe zum „angestammten Herrscherhause“ steht aber in Italien auf recht schwachen Füßen, darüber sollte sich Humbert doch wahrhaftig keinem Zweifel hingeben. Das Volk steht hinter der Opposition, das haben die letzten Gemeinbewahler, bei denen die Sozialisten glänzende Erfolge hatten, zur Genüge erwiesen. Schlagen Kammermehrheit und Regierung alle Warnung in den Wind, dann ist der offene Kampf proklamirt. Die Regierung hat den Weg der Gewalt betreten, sie drängt das Volk auf den Weg der Revolution. Welche Wendung immer die Krisis nimmt, die italienische Sozialdemokratie hat sich bisher der Situation gewachsen gezeigt und wird es auch fürderhin bleiben.

## Politische Handzettel.

Deutschland.

Das Reichstagsmandat für den 8. sächsischen Wahlkreis Pirna wird von den Parteien stark umworben.

Nicht weniger als fünf Kandidaten werden sich bei der, in Folge der Kassirung des Mandats für den Antisemiten Loge nothwendig gewordenen Ersatzwahl gegenüberstellen. Nach der „H. Bz.“ werden außer Sozialdemokraten und Antisemiten auch Konservative, Nationalliberale und Freisinnige einen eigenen Kandidaten aufstellen. Das wird also für unsere Pirnaer Genossen ein lustiger Wahlkampf werden, dessen Ende hoffentlich die Sozialdemokratie als Siegerin sehen wird.

Der Ausstand bei Herne ist, wie Wolffs Bureau meldet, beigelegt. Montag sind auf allen Pechen sämtliche Arbeiter wieder angefahren. — Die polnisch-sozialistische Parteileitung in Berlin hat einen Aufruf an ihre streikenden Landsleute in den westfälischen Bergwerksbezirken erlassen. Sie verwahrt sich darin auf das Entschiedenste gegen die Behauptung, der Streik von Herne und seine Folgeerscheinungen wären auf ihre Agitationen zurückzuführen. Für eine solche Verdächtigung liege nicht der mindeste Beweis vor. Unter den Ausständigen seien fast gar keine Sozialdemokraten, der Organisation gehöre nur eine verschwindende Minderheit an. Die Heranziehung polnischer Arbeiter in die Kohlenbezirke habe vor etwa fünf Jahren begonnen und sei dann von Jahr zu Jahr gestiegen. Die eingewanderten Polen seien nahezu sämtlich ungelernete Arbeiter und würden meist als Schlepper, Kärner, Fuhrleute verwendet. Ein großer Theil von ihnen stände auf streng religiösem Boden und gehöre katholischen, von Geistlichen geleiteten Vereinen an. Die Veruche der polnischen Sozialdemokratie, unter ihren nach Westfalen verschlagenen Landsleuten festen Fuß zu fassen, datiren seit etwa drei Jahren und hätten erst in letzter Zeit erhebliche Erfolge aufzuweisen. Die seiner Zeit in Essen, in Bochum u. s. w. in's Leben gerufenen polnisch-sozialistischen Organisationen hätten sich für die Dauer nicht halten können. In Herne bestehe eine sozialistische Organisation nur in Gestalt eines polnischen Hilfsvereins.

Inzwischen wird der Versuch, aus den Herner Unruhen für die Zuchthausvorlage Kapital zu schlagen, von der arbeiterfeindlichen Presse eifrig fortgesetzt. Das ehemalige Blatt des Schwindlers und Geliebten der Flora Gäß, Hammerstein, die „Kreuzzeitung“, sucht in ihrem Sonntags-Beitrag glauben zu machen, daß die polnischen Pferdejugen und Kohlenflepper in Herne durch die Neben, welche die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen und das Centrum zur Zuchthausvorlage im Reichstag gehalten, ausgereizt worden seien. Nach den Verhandlungen über die Zuchthausvorlage sei „eben ein solches Resultat wie das zu Herne nicht zu verwundern“. Die „Köln. Bz.“ geht sogar so weit, die bisherige Berathung der Zuchthausvorlage und die Ereignisse in Herne in Vergleich zu ziehen mit den Attentaten auf den Kaiser Wilhelm und der Einbringung des Sozialistengesetzes. Die „Köln. Bz.“ meint, der Reichstag werde sich im Herbst der Aufgabe nicht entziehen können, dafür zu sorgen, daß solche Zustände wie jüngst in Herne nicht wieder vorkommen, sondern rechtzeitig, und zwar nicht erst in ihren Ausschreitungen und Gewaltthatigkeiten, sondern schon im Keime unterdrückt werden können. Die „Köln. Bz.“ giebt aber nicht an, wie die Zuchthausvorlage, wenn sie jetzt schon bestände, den Herner Ausstand hätte hindern können. Was hätte auch die Zuchthausvorlage helfen können gegenüber dem Ausstand, der am Freitag plötzlich auf der Pech „König Ludwig“ in Bruch ausgebrochen ist. Die Pech „König Ludwig“ beschäftigte ungefähr 1600 Mann, von diesen sind reichlich drei Viertel Polen. Am Freitag Mittag fuhr bei der Mittagssticht von den sämtlichen Arbeitern Niemand an. Die „Köln. Bz.“ bemerkt hierzu: „Die polnischen Arbeiter kündigen nicht, sie stellen keine Forderungen, sie machen keine Gründe für ihr Verhalten geltend, sie arbeiten eben nicht, und damit basta.“ Das hindert aber das Weltblatt am Rhein trotzdem nicht, die Herner Vorfälle für die Zuchthausvorlage auszuschlachten, denn: Klappern gehört zum Handwerk.

Neber die Stenogrammsäufassung im Reichstage schreibt man der „Magd. Bz.“ aus Berlin:

Unter dem Bureau des Reichstages versteht man den Präsidenten mit dem Schriftführer. Bei einer Auszahlung leitet der Präsident regelmäßig die Abstimmung der Schriftführer und des Präsidiums mit den Worten ein: „Ich bitte auf dem Bureau abzustimmen“ oder „das Bureau stimmt ab“. Sodann aber wird das Verwaltungspersonal des Reichstages mit seinem leitenden Direktor an der Spitze gemeinsam unter dem Namen

\*) Anmerkung: Wie aus dem Artikel zu ersehen, wurde derselbe bereits geschrieben, bevor die Regierung das Parlament am Freitag a u f l ö s t e. Trotzdem aber entbehrt der Artikel des Interesses nicht, weil er in zusammenhängender Darstellung eine eingehende Schilderung der inneren Lage Italiens bietet. Redaktion.

„Bureau des Reichstages“ zusammengefasst. Das einer der Verhandlungsbeamten die Wenderung vorgenommen haben dürfte, muß als ausgeschlossen erscheinen. Er bleibt danach nur noch die Möglichkeit bestehen, daß einer der Schriftführer der Schlichter ist. Nach § 18 der Geschäftsordnung des Reichstages haben die Schriftführer für die Aufnahme des Protokolls und den Druck der Verhandlungen zu sorgen, daher auch die Revision der stenographischen Berichte zu übernehmen. Es wäre ja immerhin möglich, daß einer der Schriftführer bei der Durchsicht der Berichte die Worte, die er gehört zu haben glaubte (? ? ?), in den Text hineingelegt hat. Aber dieses bleibt es auch dann noch unklar, wie er sich ohne ausdrückliche Ermächtigung des Präsidenten zu einer solchen Ergänzung hätte für berechtigt ansehen und wie er sie in dieser Form hätte vornehmen können. Von den imangestrichelten Worten ist das eine Wort „amtliche“ durch den Druck hervorgehoben und dadurch der Aufmerksamkeit verleiht worden, daß es sich hier um eine vom Präsidenten selbst veranlaßte Berichtigung handle.“

**5000 neue Güterwagen.** In einem Großindustriellen-Blatte ist zu lesen:

Wie wir hören, hat die Eisenbahnverwaltung in den letzten Tagen die Beschaffung von 5000 Güterwagen eingestellt. Davon werden 4000 Stück der Wagenbauvereinigung übertragen, welche sich an Erfordern bereit erklärt hat, die bisherigen Preise nicht zu erhöhen. Berücksichtigt man, daß inzwischen die Eisenpreise um mehr als 30 pCt. (?) und die sonstigen Materialien im gleichen Verhältnis gestiegen sind (?), so dürfte ein solches Vorgehen unerträglich erscheinen, wenn nicht der Grund maßgebend wäre, daß die teils der Aktiengesellschaften vertheilten hohen Dividenden es unmöglich erscheinen lassen, eine Verbesserung der Preise zu verlangen, geschweige denn verwaltungsseitig zu bewilligen. Auch in diesem Falle zeigt sich der günstige Einfluß, welchen die industriellen Sympthien auf die Preisgestaltung bei uns ausüben.

Was müssen die Aktiengesellschaften verdienen und wieviel werden sie auch jetzt noch verdienen: Wenn aber die Arbeiter eine entsprechende Aufbesserung der Löhne verlangen, dann schreibt die Scharfmacherpresse gegen die Begehrlichkeit der „verhehten“ Arbeiter und plaidirt für Strafverschärfungen.

Eine allgemeine Polenversammlung, die von der polnischen Hofpartei veranstaltet war, hat unter zahlreicher Beteiligung aller Stände der polnischen Bevölkerung in Posen stattgefunden. Als Ergebnis der vorgetragenen Reden wurden sieben Resolutionen vorgelegt, in denen u. A. der Wunsch ausgesprochen wird, daß die polnische Sprache in allen Stufen der Volksschule gelehrt werden soll, sowie daß über die Nationalität der Kinder lediglich der Wille der Eltern entscheide. Das Rentengesetz soll mehr wie bisher zu Gunsten der polnischen Bauern ausgelegt und gehandhabt werden. Die Versammlung erklärte sich gegen die Thätigkeit des „Sakatismus“, weil diese „antichristlich“ sei; sie empfahl auch, gegen unberechtigte Verbote polnischer Festlichkeiten Proteste einzulegen, und protestirte schließlich gegen die Ausschließung der Polen von Ämtern.

**Wp. Sozialpolitische Erkenntnis und Klassenpolitische Praxis.** Herr Staatssekretär von Posadowsky hat im Reichstage das Buch von Sydne und Beatrice Webb über die Praxis und Geschichte der englischen Gewerkschaften als autoritative Quelle zitiert. Dies Buch ist nicht nur deutsch in einem sozialdemokratischen Verlag erschienen, es ist vom Gesichtspunkte des Klassenbewußten Proletariats geschrieben, es ist auch für uns maßgebend in allen Fragen der Gewerkschaften. Wenn sich nun etwas mit Evidenz aus diesem wissenschaftlichen Quellenwerke ergibt, so ist es dieses: daß man die gewerkschaftliche Bewegung mit Gewaltmaßnahmen nicht unterdrücken kann, daß alle Polizeimaßregeln gegen die Gewerkschaften ebenso geßällig wie nutzlos, durch die Geschichte gerichtet sind, daß die Streiks in dem Maße besonnener, allen Ausschreitungen abholden Formen annehmen, als die gewerkschaftlichen Organisationen erstarken und die Polizei aufhört, sich dazwischen hineinzumischen, daß besonders die Verfolgung der Streikposten am meisten geeignet ist, die Streikenden zu erbittern und aufzureizen. Wann aber und zu welchem Zweck hat Herr von Posadowsky dieses Werk, das die schärfste Kritik ist aller Knebelungsversuche der Arbeiterbewegung, probirt? Bei der Berathung der Zuchthausvorlage und zu deren Begründung! Der Widerspruch ist so stark, daß man versucht wurde, anzunehmen, es sei dem Herrn Staatsminister gar nicht ernst gewesen mit der Begründung der Vorlage, er habe sie vielmehr indirekt zum Falle bringen wollen. Das trifft aber unseres Erachtens nicht zu. Soviel Witz hat dieser Bureaukrat sicher nicht, um eine derartige Schelmerei zu begehen. Solcher Art war auch seine Beweisführung gar nicht. Der Herr Minister wollte bloß beweisen, daß es der Regierung nicht darum zu thun sei, die Koalitionsfreiheit zu beschränken. Und zu diesem Zwecke gab er seine sozialpolitische Erkenntnis zum Besten. Diese hat er sich schnell aus dem Webb'schen Buche geholt. Also, Streiks seien unvermeidlich, Gewerkschaften seien nothwendig, und zwar umso mehr, je weiter die Konzentration des Kapitals fortschreitet, die Großbetriebe sich entwickeln. Aber die Vorlage? Nach der Meinung der Regierung dient doch diese nicht dazu, die Koalitionsfreiheit zu beschränken, sondern sie zu schützen! Es sind Bestimmungen darin, die angeblich auch die Unternehmer treffen, man kann ihren Wortlaut so deuten, daß die Gefahr für die Arbeiterorganisationen nicht in die Augen fällt. Und darauf stützte sich die Regierung. Sie that ganz erstaunt darüber, daß man aus der Vorlage so viel Schlimmes herausgelesen habe, das Alles habe sie sich dabei gar nicht gedacht, so weitgehende Absichten habe sie nicht gehabt. Soll man es glauben? Warum denn nicht, wir trauen bloß der Weisheit der Herren Minister nicht, aber wenn die Regierung eine Dummheit begeht, so meint sie es sicher ebenlich. Damit ist aber nichts geholfen: die eigene Denkschrift der

Regierung zeigt, wie es in der Praxis geworden wäre.

Denn die Praxis kümmert sich nichts darum, welches Buch der Herr Staatsminister zuletzt gelesen hat. Die Praxis ist das Ergebnis des Klassenkampfes. Die Richter stehen unter dem moralischen Einfluß des Unternehmertums, sie urtheilen in seinem Sinne. Wird die Vorlage erst Gesetz, so bildet sich eine juristische Praxis heraus, die dasjenige ausscheidet, was den Unternehmern unangenehm werden könnte, und das auf das peinlichste ausarbeitet und mit dem größten Scharfsein entwickelt, was die Arbeiter liebt. Und die Klassenpolitische Praxis hat auch die Fähigkeit, sich eine Regierung nach ihrer Gestalt zu bilden. Was speziell Herrn v. Posadowsky betrifft, so würde er sicher eher auf die Letztirre des Webb'schen Buches als auf seinen Ministerfessel verzichten. Die Arbeiterklasse braucht andere Bürgschaften ihrer Freiheit, als die sozialpolitische Erkenntnis der Herren Minister. Die beste Bürgschaft ist die sozialpolitische Erkenntnis der Arbeiter selbst und als ihr Ergebnis — Organisation der Arbeiterklasse. Das ist vom Arbeiterstandpunkte aus Klassenpolitische Praxis.

Eine vernünftige Stellung hat die hessische Regierung zu dem gegenwärtigen Maurerstreik in Darmstadt eingenommen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Cramer hat den Justizminister privatim über die Stellung von Maurern seitens der Gefängnisverwaltung an die Unternehmer als Ersatz für die streikenden Maurer in Darmstadt befragt. Der Justizminister hat erklärt, daß die Regierung nicht die Absicht hat, im gegenwärtigen Maurerstreik die eine oder andere Partei zu unterstützen, und hat die Gefängnisverwaltung sofort angewiesen, den Unternehmern keine Gefangenen mehr zu stellen, die die Arbeiten der streikenden Maurer verrichten sollen.

**Geheimnißvolle Geschichten.** In der „Neuen Bayerischen Landeszeitung“ des Hainernbindlers Remminger ist zu lesen:

Hochstehende Mitarbeiter, ja sogar Damen aus der allerersten Umgebung regierender Fürsten muß die „Neue Bayerische Landeszeitung“ haben, sonst wäre es nicht möglich, daß sie über Dinge und Thatsachen hochstehender Persönlichkeiten berichten könnte, welche anderen Zeitungen unbekannt sind oder von ihnen wegen Mangels an zuverlässigen Korrespondenten nicht berichtet werden. Cherchez la femme (sucht die Dame) — schreibt die „Lippische Tageszeitung“, das Organ des Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippeburg — denn es ist gar kein Zweifel, daß ein unerklärlicher Artikel in der „Landeszeitung“ von einer hohen Persönlichkeit stammt. „Wir haben“ — schreibt das großfürstliche Blatt in Nr. 141 — „bestimmt Grund dafür, die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß auch der gedachte Artikel in der Umgebung des Regenten — wenn nicht entstanden ist, so doch dort seinen geistigen Urheber hatte“. Wir geben dem Blatt den wohlgemeinten Rath, sich über die Herkunft einzelner Artikel in der „Landeszeitung“ nicht weiter den Kopf zu zerbrechen und sein Nachorgau ungebürlich anzustrengen. Sind doch auch alle Bemühungen vergeblich gewesen, die Quelle zu entdecken, aus der uns im Vorjahre das Telegramm des Kaisers an den Fürsten von Lippe zugesprochen ist. Auch Hausnachrichten liefern bei uns zu keinem Ergebnis, worüber die hiesige Polizei entsprechende Auskunft geben kann. Wenn aber das Organ gerade eine Neugierde nach weiteren Mittheilungen von unserer Seite hat, wenn es vielleicht gar noch Schuldscheine eines sehr hohen, aber nicht etwa in München residirenden Herrn sucht, welche auch unerklärliche Dinge erklärlich erscheinen lassen, können wir ihm in seiner nächsten Umgebung eine sichere Stelle bezeichnen, wo solche Scheine zu finden sind: in der Schatulle der alten, sehr reichen Fürstin von Siedeburg. Cherchez la femme!

Wollen Sie noch mehr wissen, fragt das bayerische Blatt am Schlusse das Organ der Anti-Biestersfeldpolitik, offenbar überzeugt, durch diese dunkle Andeutung das Blatt in Angst und Schrecken jagen zu können. Die „alte Fürstin“ ist die Fürstin Hermine, die Mutter des Prinzen Adolf, der den Thron von Lippe nicht erlangen konnte.

Die Mündelsicherheit der preussischen Hypothekenspfandbriefe. Daß in Preußen die einfachsten Gebote der Gerechtigkeit hintangelegt werden, wenn es gilt, den Agrariern einen Gefallen zu erweisen, zeigt die Haltung der preussischen Regierung den preussischen Hypothekensbanken gegenüber. In Süddeutschland, auch in Sachsen gelten die Hypothekenspfandbriefe der dortigen Hypothekensbanken als mündelsichere Papiere, während in Preußen Pfandbriefe von Hypothekensbanken nicht für so sicher von der Regierung erachtet werden, um zu erlauben, daß Mündelgelder in ihnen angelegt werden dürfen. Durch diese verschiedenartige Behandlung der deutschen Hypothekensbanken sind die norddeutschen Gesellschaften ganz entschieden benachtheiligt. Denn es ist nahelegend, daß im Kapitalistenpublikum die Hypothekenspfandbriefe, die als mündelsicher kursiren, höher geschätzt werden wie die anderen. Außerdem fließt den bevorzugten Banken mehr Geld, eben in Form der Mündelgelder zu, wie den Uebrigen. Kein Wunder, daß letztere den preussischen Banken in Preußen selbst ganz erhebliche Konkurrenz machten. Als vor kurzem das Hypothekensbankwesen fürs ganze Reich einheitlich geregelt wurde, nahm man in den Kreisen der Interessenten an, daß mit der formalen Gleichstellung durchs Reich auch die materielle Hintanzetzung in Preußen ihr Ende finden würde. Dies lag um so näher, als die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses, die das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch beriet, in zwei Besungen mit Mehrheit beschloß, die Pfandbriefe der Hypothekensbanken ebenso für mündelsicher zu erklären, wie dies hinsichtlich der Landschaften in der Regierungsvorlage bestimmt war. Auf die Frage, ob es an und für sich zulässig zu erachten ist, daß mündelsichere Gelder in Hypothekenspfandbriefen angelegt werden sollen oder nicht, braucht hier gar nicht eingegangen zu werden. Aber da feststeht, daß die Pfandbriefe der Landschaften und der außerpreussischen Hypothekensbanken als mündel-

sicher Papiere gelten, so lag es nahe, die preussischen Hypothekensbanken mit ihrer Konkurrenz auf gleiche Rechtsgrundlage zu stellen und nicht die Pfandbriefe der preussischen Banken gleichsam als Papiere minderen Werthes nach außen hin erscheinen zu lassen. Nun hat aber der preussische Justizminister dieser Tage im Abgeordnetenhause erklärt, die preussische Regierung könne sich nicht entschließen, die Hypothekenspfandbriefe unter die mündelsicheren Papiere aufzunehmen; sie sei nicht gesonnen, sich den Beschlüssen der Kommission zu fügen. Diese Stellungnahme wäre zu verstehen, wenn sie aus sachlichen Gründen heraus erfolgt wäre. Das ist sie aber nicht, vielmehr zeigt sich hier wieder eine ebenso einseitige als kurzsichtige Begünstigung agrarischer Agitation. Die Agrarier fürchten für ihre Landschaften die Konkurrenz der Hypothekensbanken, ein Versiegen des Geldausflusses für den landwirtschaftlichen Kredit, wenn die Pfandbriefe der Hypothekensbanken mit denen der Landschaften rechtlich gleich gestellt würden. Vielleicht war für den preussischen Finanzminister auch die augenblickliche Kürsorge für die nothleidende Lage der preussischen Anleihen maßgebend, wenn er gegen die Mündelsicherheit der Hypothekenspfandbriefe sich erklärte. Jedensfalls ist die wirtschaftliche Ausnahmebehandlung der preussischen Hypothekensbanken nicht berechtigt und muß ohne Zweifel ebenso verbitternd auf die Betroffenen wirken wie ein politisches Ausnahmegesetz. Die Sonderbehandlung hat aber die eine gute Wirkung, daß die preussischen Hypothekensbanken sich mit der formalen Gleichheit der deutschen Hypothekensbanken vor dem Reichsgesetz und der thatsächlichen Verfehlung durch die Partikulargesetzgebung nicht zufrieden geben, vielmehr eine ausdauernde und läche Agitation zu einer wirklich einheitlichen wirtschaftlichen, nicht bloß formalistischen Hypothekensbankgesetzgebung entfalten.

**Keine politische Maßregeln.** Wegen Beleidigung der „beamteten“ Redakteure des amtlichen Dresdener Journal's gelegentlich einer Besprechung des Abtiner Landfriedensbruchs-Prozesses lud am Montag die Redakteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und des „Vorwärts“ vom Schöffengericht in Dresden zu je zwei Monaten, Steinarbeiter Ulenke zu einem Monat Gefängniß verurtheilt worden. — Auslösch einer Volksversammlung kam es Sonntag in Prag zu großen Demonstrationen. Dem die Versammlung auflösenden Polizeikommissar wurden Blätter und Deibel an den Kopf geworfen, sodas er fliehen mußte. Auf der Straße wurden die Demonstration fortgesetzt.

## Belgien.

**Der Kampf um's Wahlrecht.** In der belgischen Kammer gab es, wie bereits gemeldet, Tumulte. Es giebt gute Leute, die sich deshalb aufregen: „Herabwürdigung des Parlamentarismus“ u. Si freilich! Diese Art von Parlamentarismus ist so nichtwürdig, daß man ihn nicht mehr herabwürdigen kann! Warum handelt es sich? Das bestehende belgische Wahlgesetz wurde 1893 nach schwerem Ringen erklämpft; erst als die Arbeiter mit dem letzten, aber zweifellos wirksamen Mittel des Generalkreiks drohten, als es bereits zu Zusammenstoßen zwischen Volk und Soldaten gekommen, als Blut geflossen war, entschloß sich die Clique, zusammengesetzt aus Pfaffen, Schloßbaronen und Zuhältern des Königs Leopold, zu Konzeptionen; es entstand das heutige Wahlrecht, eine Karrikatur des allgemeinen Wahlrechts, bei dem zwar alle erwachsenen Männer, aber außerdem alle großen Geldsäcke wählen, da jeder Broz, welcher genügend Wehrwerth eingesackt hat, doppelt stimmt und sogar dreifach, wenn er einen reichen Vater hatte, der ihm die Mittel gab, ein paar Jahre auf der Universttät zu bummeln. Trotz dieser Sicherheitsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie errangen die Arbeiter auf den ersten Anlauf einen glänzenden Sieg. Das jagte natürlich dem guten Leopold einen fürchterlichen Schrecken ein, denn, wenn es so weiter ging, hörte Belgien auf, die Goldgrube für ihn, seine Dirnen und seine Lakaien zu sein. Daher kamen der König, der Wahlrechtsverschlechterungs-Minister Vandenberghe und der Führer der Pfaffen, Woeste, überein, das Unglück zu beschwören, so lange es noch Zeit ist. Die Klerikalen haben heute die absolute Majorität — also wollen sie diese ausnützen, um die Opposition zu erbroffeln, dann den Großstädten und Industriezentren das Wahlrecht zu verschlechtern — so wird die Herrschaft der Dirnen, Pfaffen und Hölflinge auf ein weiteres Menschenalter gesichert. — Sollte sich die Minorität also einfach fügen, sich nach Kälberart abschlagen lassen? Niemand! Die Sozialdemokraten gaben den Anstoß und die übrigen Oppositionellen, die Christlich-Sozialen (belgischer, reichsdeutscher Art) und Liberalen schlossen sich ihnen an, um den Kampf mit allen Mitteln durchzuführen. Auch ungefehligen? Nein, außergefehligen!

Fortan betrachteten sich die oppositionellen Mitglieder des Parlaments in demselben nur noch dazu berufen, die Niedertracht dieser Körperschaft zu beweisen, sie thaten ihr nicht mehr die Ehre an, das Schurkengesetz zu berathen, sie protestirten. Der parlamentarische Kampf hat bereits aufgehört, es giebt kein Parlament; der Kampf ist auf die Straße getragen und hier wird er ausgefochten. Der Ausgang ist heute schon sicher. Die Arbeiter, welche 1893 das Wahlrecht erklämpft haben, auch auf der Straße, sie werden jetzt nicht zurückweichen. Beharrt Leopold auf seinem Plane, dann ist bald Belgien — ein Königreich gewesen.

Der Waffenstillstand wird zwar von beiden Parteien leidlich innegehalten, aber die Erregung wächst wieder, da die Entscheidung über die Wahlrechtsfrage sich verzögert. In Mons und Charleroi beschloßen sozialistische Versammlungen, wenn die Regierung am Dienstag die Wahlvorlage nicht zurückziehe oder wenn sie eine neue Vorlage einbringe, welche nicht das allgemeine Wahlrecht enthält, werde sofort der Ausstand in den Kohlenbecken erklärt werden. Der König hätte eine lange Unterredung mit dem Ministerpräsidenten.

Van den peereboom. „Petit bleu“ meldet, der König beabsichtige, falls im Laufe der Woche keine Einigung der Parteien über die Formulierung des neuen Wahlgesetzes erzielt werde, die Kammer aufzulösen und das Land zu befragen. Es werde angenommen, daß General Briamont bei dieser Gelegenheit ein Manifest zu Gunsten der allgemeinen Wehrpflicht erlasse. — Der Kammerpräsident Beerhaert wird endgültig aus der Saager Friedenskonferenz ausschließen und seinen Platz in Brüssel wieder einnehmen.

Sonntag wurden in allen größeren Städten sozialistische Kundgebungen veranstaltet. In Brüssel sangen zahlreiche Sozialisten im Park, während eine Militärkapelle dort spielte, die Marschmusik und stießen Mufe gegen das Ministerium aus. Die Militärkapelle zog sich hierauf zurück. Ein Sozialist richtete eine Ansprache an die Menge und forderte das Volk zu weiterem Widerstande auf. Die Sozialisten durchzogen sodann singend die Stadt und begaben sich nach dem Volkshaus, nachdem sie unterwegs vor den kerikalen Blättern feindselige Kundgebungen veranstaltet hatten. — In Antwerpen zog Sonnabend Abend unter der Führung liberaler und sozialistischer Deputierter eine Menge von etwa 9000 Personen durch die Stadt. Vor den Häusern der kerikalen Blätter wurden Schmährufe laut; dem Bürgermeister wurde vor seiner Wohnung eine Huldbildung dargebracht. Später fanden mehrere Versammlungen statt, in denen die Redner dazu riefen, nicht abzurufen, bis man den Versöhnungsvorschlag des Ministerpräsidenten kenne. — In Lüttich begaben sich nach der Parade der Bürgergardisten 250 derselben singend und die Gewehrkolben schwingend nach dem Versammlungsort der Sozialisten. Es wurde hier sofort eine Versammlung abgehalten, in welcher die Redner, unter denen sich auch mehrere Bürgergardisten befanden, die Wahlvorlage der Regierung tadelten und aufforderten, die Agitation gegen diese Vorlage fortzusetzen. Mehrere Bürgergardisten richteten vom Balkon herab Ansprachen an die auf der Straße befindliche Menge. — Alle diese Kundgebungen verliefen ohne Störung. Zu einem Krawall kam es nur in Alost. Nach einem Konzert des dortigen katholischen Gesangsvereins rief ein Teil der Zuhörer: „Es lebe das allgemeine Stimmrecht!“ Die Polizei ging gegen die Manifestanten vor und verwundete zehn Personen durch Säbelhiebe; vier Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Parteien der Kammerlinken sprachen sich in einer Montag abgehaltenen Versammlung für die Zurückziehung der Wahlvorlage und Auflösung der Kammer zwecks Volksreferendums aus. Die „Independence Belge“ versichert, die Regierung werde Dienstag die Abänderung der Wahlgesetzvorlage bekannt geben.

### Frankreich.

Der Dreyfusprozess beginnt am 31. d. Mts. Es sind bisher 40 Zeugen vorgeladen. Dreyfus wird in derselben Uniform, die er bei der Degradation trug, vor dem Kriegsgericht erscheinen. Die damals abgerissenen Knöpfe hat Frau Dreyfus wieder ersetzt. Den Mitgliebern des Kriegsgerichts sind anonyme Briefe mit Todesdrohungen für den Fall des Freispruchs zugegangen. Ein Memorandum seines Advokaten Demange wird Dreyfus über alle Ereignisse unterrichten, die sich während der letzten Jahre in seiner Sache zugetragen haben. — Nach dem „Echo de Paris“ werden die Verteidiger Demange und Labori, die am Sonntag in Rennes angekommen sind, verlangen, daß der Prozeß, falls der Zustand Dreyfus es erlaube, auf den 17. Juli, andernfalls auf den 31. Juli anberaumt würde. Die Verteidiger glauben, daß der Prozeß, wenn die Verhandlungen sich nur auf das Vordereau beschränken, 3 Tage, andernfalls 3 Wochen dauern werde. — Montag statteten die beiden Verteidiger Dreyfus den ersten Besuch ab. Dreyfus dankte ihnen herzlich für ihre hingebende Thätigkeit. Bis jetzt kennt Dreyfus, der immer noch glaubt, er verdanke seine Revision dem General Mercier, aus seinem Prozeß nur den Bericht Barb's, den Antrag Manau's und das Plaidoyer Monard's vor der Kriminalkammer im Oktober 1898. Demange kehrte Montag Abend nach Paris zurück. Labori bleibt einige Tage in Rennes und wird Dreyfus täglich besuchen.

Ueber Dreyfus körperlichen Zustand wird gemeldet, daß er, da seinen Wachen 4 1/2 Jahre hindurch jedes Sprechen mit ihm verboten war, das zusammenhängende Reden fast völlig verlernt habe. Auch soll er körperlich stark angegriffen sein, weil er gegen das feierliche Klima der Insel fortwährend große Mengen Chinin einnehmen mußte. Dreyfus konnte die wichtigsten Ereignisse, welche die Revision des Prozesses herbeigeführt haben, nicht begreifen. Nur die Verhaftung Du Paty de Clam's wunderte ihn nicht. Er antwortete: „Das verstehe ich“. In der Unfähigkeit, die Vorgänge zu erfassen, zeigt er sich ganz und gar als der Chauvinist, der er früher war. Er erstirbt in Ehrfurcht vor seinen ehemaligen Vorgesetzten und meint immer noch, diese wollten und würden ihn rehabilitieren. „Petit bleu“ erzählt sogar, Dreyfus sei gegen seine Verteidiger eingenommen, die man ihm als Gegner der Armee dargestellt. Er wolle seine Rehabilitierung nur seinen Vorgesetzten verdanken.

Der Sonnabend ist in Rennes vollkommen ruhig verlaufen. Kommandant Carriere hat Dreyfus am Sonntag besucht. Auch in Paris fand weder ein Zwischenfall, noch eine Kundgebung statt.

In Saint Cloud wurde Sonntag für Deroulede von den Zeugen in seinem jüngsten Prozesse ein Punsch veranstaltet. Deroulede erklärte in einer Ansprache, daß er Dreyfus für schuldig halte, doch, falls das Kriegs-

gericht in Rennes Dreyfus für unschuldig erkläre, er sich vor diesem Urtheilspruch beugen werde. Falls das Kriegsgericht in Rennes die Unschuld Dreyfus' aussprechen werde, so wäre keine Richtigung zu streng für jene sechs Kriegsminister, welche die Schuld Dreyfus' bezeugt haben. Schließlich forderte Deroulede die ganze Wahrheit in der Verhandlung in Rennes. Georges Thiebaut wandte sich gegen die von der Regierung bei der Rückkunft Dreyfus' ergriffenen Maßnahmen. Die Ordnung wurde nicht gestört; nur wurden zwei Personen wegen aufrührerischer Mufe verhaftet.

Der „Figaro“ veröffentlicht ein Schreiben des Fürsten von Monaco an Frau Dreyfus, in dem er ihren Gemahl entsetzt, nach Beendigung des Prozesses zur Erholung auf seinem Schlosse Marchais im Departement Nièvre Aufenthalt zu nehmen.

Neue Machinationen gegen Dreyfus sind schon wieder im Gange. Der frühere Kriegsminister General Mercier schwankt, wie Genosse Jaures in der „Petite Republique“ schreibt, gegenwärtig zwischen zwei Anlagensystemen; einerseits gedenke er, dem Urtheil des Kassationshofes sowie allen Zeugenaussagen und Thatfachen zum Trost, den Versuch zu machen, das Vordereau Dreyfus' zuzuschreiben, da er jedoch fürchte, wie läglich dieses Bemühen anfallen würde, wolle er vor dem Kriegsgericht eine Art von diplomatischem Roman erzählen, in dem Rußland eine Rolle spielen solle. — Nach der „Aurore“ beabsichtigt General Mercier, vor dem Kriegsgericht folgende Aussage abzugeben: Im Jahre 1893, als während der Verhandlungen über den Abschluß der französisch-russischen Allianz das russische Kriegsministerium den französischen Generalstab um eine Zusammenstellung über die französischen Streitkräfte ersuchte, wurde Dreyfus mit der betreffenden Ausarbeitung betraut. Man beauftragte ihn, in einer Zusammenstellung Ziffern aufzunehmen, welche erst in einigen Monaten Thatsache sein sollten. Dreyfus weigerte sich, dies zu thun, und die Arbeit wurde einem anderen Offizier übertragen. Wenige Tage später traf Dreyfus den russischen Militärattaché Baron Frederic, welcher ihn beglückwünschte, da er ihn für den Urheber der Zusammenstellung hielt. Dreyfus erwiderte darauf: „Ich habe die Aufstellung nicht angefertigt, ich mag keine Ziffern fälschen.“ Baron Frederic habe seine Regierung sofort hiervon verständigt. Der Vorfall habe zu ersten diplomatischen Verwickelungen Anlaß gegeben. Das Blatt schließt seine Ausführungen mit der Bemerkung, General Mercier wolle erklären, daß durch diesen Schritt Dreyfus' das Zustandekommen der Allianz habe gefährdet werden können. „Aurore“ setzt hinzu, daß die ganze Geschichte erfunden sei.

Der Prozeß Pola, der vor dem Geschworenengerichte zu Versailles am 11. Juli zur Verhandlung angelegt war, wird wahrscheinlich auf die nächste Session verschoben werden.

In der Deputiertenkammer brachte Montag Ferry einen Antrag ein, der die Kammer aufforderte, die verschiedenen Anträge über das Arbeitsverhältniß, das die Regierung durch ein Dekret zu regeln beschloffen hat, auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag rief heftigen Lärm hervor. Deschanel unterbrach die Sitzung und theilte nach ihrer Wiederaufnahme mit, daß der Handelsminister sich bereit erklärt habe, Dienstag die Frage zu beantworten, die Beauregard über den durch Ferry hervorgerufenen Zwischenfall an ihn richten werde. Die Kammer begann die Berathung über die vier direkten Steuern. Diese wurden mit 459 gegen 64 Stimmen genehmigt. Brunne brachte einen Antrag ein, worin die Kommission für die Einkommensteuervorlage ersucht wird, ihren Bericht bei Beginn der nächsten Session vorzulegen. Der Antrag wurde mit 290 gegen 207 Stimmen angenommen.

### Schweiz.

Der Bundesrath hat der Bundesversammlung ein Gesetz über die Arbeitszeit beim Betriebe der Eisenbahnen, der Dampfschiffe, der Post und des Telegraphen unterbreitet. Die Arbeitszeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter bei den genannten Verkehrsanstalten möchte der Bundesrath auf 11 Stunden im Maximum festsetzen. Wo besondere Verhältnisse es nöthig machen, kann der Bundesrath eine Kürzung der Arbeitszeit verlangen. Die ununterbrochene Ruhezeit des Lokomotiv- und Zuggersonals soll wenigstens 10 Stunden betragen. Die Verwendung von Frauen im Nachdienste (von 10 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens) ist unterlag. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern sind im Jahre 52 Tage freizugeben, wovon 17 auf den Sonntag fallen sollen. Die Ruhezeit sollen 24 Stunden umfassen. An Sonntagen, Neujahr, Charfreitag, Auffahrt und Weihnachten ist der gesammte Güterverkehr verboten. Vorbehalten bleibt die Beförderung von Vieh und Gütern in Eilfracht. Uebertretungen des Gesetzes sind mit 500 Fr., im Wiederholungsfall mit 1000 Fr. bedroht. Die Kommission des Nationalrathes hat das Gesetz durchberathen. Die Minderheit der Kommission stellt den Antrag, die Arbeitszeit des Lokomotiv- und Zuggersonals der Hauptbahnen und des Personals des äußeren Dienstes in den Hauptbahnhöfen auf 10 Stunden festzusetzen. Ferner wünscht die Minderheit, daß das Lokomotiv- und Zuggersonal sowie das Personal des äußeren Dienstes in den Hauptbahnhöfen außer den 52 Freitagen vom 6. Dienstjahr an 8 Tage Urlaub im Jahr erhalte, das übrige Personal vom 11. Dienstjahr an. Der Zentralvorstand der eidgenössischen Arbeiter hat in einer an die Bundesversammlung gerichteten Eingabe das Gejuch gestellt, die Arbeitszeit der vom Bund beschäftigten Arbeiter auf 9 Stunden anzusetzen. Es wird betont, der Bund sollte in der Be-

ziehung der Privatindustrie mit gutem Beispiel vorgehen.

### Spanien.

Zur inneren Lage. Die Regierung scheint endlich ein Einsehen zu haben, daß eine Verringerung der Staatsausgaben notwendig ist. In einer Unterredung des Ministerpräsidenten Silvela mit dem Kriegsminister erklärte dieser, daß er geneigt sei, die Friedenspräsenzstärke des Heeres auf 80 000 Mann festzustellen, statt der von 108 000 Mann, die im Budget aufgestellt worden sind. Offenlich zeigt die Regierung sich auch weiter so verständig und trägt damit zur Beschwichtigung der Erregung der Bevölkerung bei, die an verschiedenen Orten wieder zu schweren Unruhen geführt hat. Am schlimmsten ging es am Sonnabend in Valencia zu, wo es zu einer Straßenschlacht kam. Die Unruhen begannen damit, daß zahlreiche Gruppen den Verkehr der Pferdebusse zu stören suchten. Als dann die Gendarmen einschritt, wurde sie von der Menge mit Steinwürfen empfangen. Die Gendarmen und die Truppen schossen in Folge dessen. Mehrere Personen wurden verwundet. Abends nahmen die Unruhen noch größere Dimensionen an. Die Hauptpunkte der Stadt wurden von Truppen besetzt. Die Auführer errichteten Barrikaden, von denen eine von der Kavallerie genommen wurde, nachdem von beiden Seiten lebhaft gefeuert worden war. Es wurden zahlreiche Personen verwundet; ob auch Leute getödtet wurden, ist bis jetzt nicht bekannt. Das aufständische Volk wollte auch gegen ein Kloster einen Angriff richten, wurde aber von den Truppen und der Gendarmen daran gehindert. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. In der Nacht traten die Generale zu einer Verathung über die Sachlage zusammen. Der Bürgermeister veröffentlichte eine Proklamation, in welcher er die Bevölkerung zur Ruhe auffordert. Man befürchtet, daß sich die Unruhen erneuern werden.

In Barcelona fand am Sonntag Abend ebenfalls ein erster Krawall statt. Nach dem Schlusse einer Versammlung, die zu Gunsten der Revision des Prozesses von Montjuich abgehalten wurde, zogen die Teilnehmer nach einem Jesuitenkloster und veranstalteten dort eine Kundgebung. Die Gendarmen, welche hiergegen einschritt, wurde von der Menge mit Steinen beworfen und machte infolgedessen von der Waffe Gebrauch. Dreißig Personen wurden verwundet, darunter mehrere tödtlich.

In Badalona (Provinz Barcelona) kam es zu Ausschreitungen, die sich gegen die mißliebige Gemeindeverwaltung richteten. Beim Amtsantritte des neuen Municipalrathes geriethen die verschiedenen lokalen Parteien in Konflikt. Von beiden Seiten wurde geschossen. Drei Personen, darunter ein Beamter des Municipalrathes, blieben todt auf dem Plage.

### Afrika.

Die Lage in Transvaal wird angesichts der drohenden Kriegswolken von Tag zu Tag schlimmer. Die „Times“ melden aus Johannesburg vom 2. Juli: Es herrscht hier vollständiger Stillstand der Geschäfte. Die Verarmung nimmt in Folge dessen in bedenklicher Weise zu. In der Bevölkerung bricht man allgemein den Wunsch aus, daß der gespannten Lage bald ein Ende gemacht werde. Der „Standard“ meldet aus Johannesburg vom 2. d. Mts.: Man gelangt hier immer mehr zu der Ueberzeugung, daß ein Ausgleich zwischen England und Transvaal sich als unerreicher erweisen werde.

### Südbund und Nachbargebiete.

4. Juli.

Mißstand in der Presse. Unter dieser Stichmarke zitiren in zuftimmendem Sinne die „Südb. Anz.“ eine Auslassung der „Soz. Praxis“, in der es u. A. heißt:

„Es ist ein Unfug, ja, eines der bedenklichsten Symptome unseres öffentlichen Lebens, daß Preßorgane, die im Dienste der einseitigsten Unternehmerrückgriffe stehen, gleichzeitig zu offiziellen Kundgebungen der Regierung benutzt werden, und daß umgekehrt allbekannte Regierungsblätter sich ohne Scheu als Sprachrohr von besangenen Mittheilungen der Vaterheimerspreche geriren.“

Stimmt auffallend und trifft gerade auf die „Südb. Anz.“ zu. Darin pflichten uns auch Leute bei, die uns politisch völlig fernstehen.

Sozialdemokratische Jugendschriften. Einige Jahre post festum ereifert sich unser Amtsblatt über das vielen unserer Leser wohlbekannte „Märchenbuch für die Kinder des Proletariats“. Der langen leitartiklerischen Salbaderen kurzer Sinn geht darauf hinaus, daß „das Paradies der Kindheitsunschuld durch solche Lehren vergiftet werde.“ — Du hast mir die Quelle getrübt, sagte der freßgierige Wolf zum Lämmchen, das unterhalb am Bache stand. — Wir haben nicht nöthig, uns auf die Einzelheiten der jüngsten Schweinburgiade einzulassen. Märchen sind an Fürstenthümern nie als entstanden — dort herrschte von jeder höchstens die chronique scandaleuse — und Stumm wird höchstens ein Märchen verbreiten, nämlich daß er ein Arbeiterfreund sei. Das echte Märchen ist geboren im unterdrückten und auf Besserung, auf „goldene Zeiten“ mit naiver Zuversicht hoffenden Volke. Werden etwa im Märchen die Großen gepriesen? Das können höchstens nationalliberale, mit dem ganzen Nichtwissen des Jahrhunderts ausgerüstete Marionetten behaupten. Möge man das obengenannte „Märchenbuch 2c. 2c.“ verbieten, dann muß man aber auch, wie weiland der König von Hannover, die Gebrüder Grimm des Landes verweisen, dann muß man vor Allem auch die Bibel aus-



## Offizier und Landwehmann.

Ueber dieses Thema schreibt unserem Münchener Parteiorgan N. (u. d. f.) N. (r. a. s.), der bekannte ehemalige bayerische Offizier:

Alljährlich werden um diese Zeit Klagen laut über die Behandlung, welche die zu Übungen eingezogenen Landwehrlente manchmal erdulden müssen. Auch heuer sind wieder diesbezügliche Beschwerden in der Presse zu konstatieren und wahrscheinlich werden wir auch in den nächsten Jahren ähnliche Nothschreie wieder zu hören bekommen, da hier eines jener nur zu zahlreichen Uebel vorliegt, die eine unausbleibliche Folge des preussisch-deutschen Armeesystems sind und daher nur mit diesem System verschwinden können.

Im deutschen Heer hat sich im Laufe der Zeit eine Vorliebe für Neuheitlichkeiten, für das Klipp-Klapp, kurz eine bis zur höchsten Stufe entwickelte Trillklipp in solchem Maße herausgebildet, daß ein beträchtlicher Theil unserer Offiziere und Unteroffiziere die Fähigkeit verloren hat, mit Mannschaften des Beurlaubtenstandes zurechtzukommen. Der aktive Offizier und Unteroffizier hat Jahr aus Jahr ein Leute unter seinem Kommando, die so sicher funktionieren, wie Maschinen, die Alles, was der Dienst fordert, schablonenmäßig und mit möglicher Schnelligkeit ausführen. Infolge dessen gewöhnt sich das Auge der Vorgesetzten an eine Präzision in allen Bewegungen, die vom Landwehmann, der drei Jahre und länger der militärischen Übungen entwidmet und auch schon um 7 bis 10 Jahre älter ist als der aktive Soldat, nicht mehr geleistet werden kann. Die weitere Folge besteht natürlich darin, daß die Hauptleute, Leutnants und Unteroffiziere, die mit dem einberufenen Wehmann zu thun haben, nur zu leicht in eine Stöberei gerathen, die das objektive Urtheil trübt. Die aus der Lage der Dinge hervorzuhebende größere Langsamkeit und Schwerfälligkeit des Einberufenen wird als Faulheit aufgefaßt und so geht denn das Weiter, Schimpfen und „Vedersung anstreichen“ oder „Hammelgebirn langziehen“, wie die Kunstausdrücke für besonders schroffe Behandlung lauten, los. Der Wehmann aber, der im Beginn der Dreißig steht und meist schon Familienvater ist, hat natürlich keine Lust mehr, sich wie ein Rekrut schuldig zu lassen, sondern giebt seiner Verdrossenheit, soweit dies eben ohne Konflikt mit dem Willkürstrafgesetz und der Disziplinarratsverordnung möglich ist, Ausdruck, was den Vorgesetzten wieder als prinzipielle Renitenz und „sozialdemokratischer Geist“ erscheint.

Diese unersättlichen Verhältnisse zu ändern, wäre gar nicht schwer, wenn die leitenden Armeekreise mit Energie und gutem Willen daran gehen würden. In erster Linie möge man sich einmal dazu bequemem, den Stuch- und Schimpfmanie in der Armee überhaupt den Garaus zu machen. Es liegt hier nur eine schlechte Gewohnheit vor, die alljährlich bei dem Eintritt der Rekruten wieder angefrischt wird und in dieser Zeit manchmal zu dem reinsten Schimpfwettrennen einzelner Rekrutenabtheiler ansartet. Daß derartige Nothheiten gar nichts nützen, sondern nur schaden können, liegt auf der Hand. Mit Titulaturen wie Dreckschwein, krummes Luder u. s. w. erreicht man um kein Haar mehr, sondern eher weniger als mit einer in anständige Worte gekleideten Klage. Aber leider wird von oben herab so viel wie nichts gethan, um diese Schimpfpest auszurotten, die bei einem scharfen Vorgehen sehr bald verschwinden sein könnte. Wenn sich heutzutage ein Soldat beschweren würde, weil ihn ein Vorgesetzter ein dummes Schwein nannte, so würde das in der ganzen Armee als Unikum betrachtet werden.

Ist aber ein Vorgesetzter daran gewöhnt, das ganze Jahr hindurch mit Scheltworten, Flüchen und Beleidigungen um sich zu werfen, so kann es Niemand wundern, wenn

dieser Mann auch bei der Einziehung der Landwehr in dem bisherigen Text weitermacht und hier, weil er aus den vorher erwähnten Gründen noch mehr beanstanden muß, womöglich noch gröber wird. Also weg mit den Schmähungen der Soldaten überhaupt, dann werden auch die Landwehrlente verschont bleiben.

Ein weiteres Mittel zur Besserung der dermaligen Verhältnisse bestände darin, daß die Forderungen der Vorgesetzten so geregelt werden, daß sie mit der Leistungsfähigkeit der Einberufenen in Einklang stehen.

Von einem Landwehmann stramme Gewehrgriffe, schöne Paradezüge und sonstige Klipp-Klapp-Scherze, mit denen man im Kriege seinen Hund vom Esen vorlockt (siehe das Jahr 1896), zu verlangen, ist sinnlos und muß bei der Ungeübtheit der Eingezogenen zu Meibereien und Verbitterung führen. Man gebe vielmehr dem Landwehmann Gelegenheit, sich wieder im Schießen, vor Allem im Geschützschießen zu üben, man orientire ihn aufs Neue in der Bewegung in der Kompagnielonne, doch wohlgenutzt nicht in Paradeevolutionen, die zwar schön aussehen, auf dem Gefechtsfelde aber nicht zu brauchen und auch gar nicht auszuführen sind, so wird dies vollauf genügen. Aber das ist ja das Uebel, daß die deutsche aktive Armee in Folge der Pensionirungswirth, welche die Offiziere zwingt, in erster Linie auf die Glätte der Formen und den ungehinderten Verlauf aller Bewegungen zu sehen, immer mehr zu einer Paradedruppe, gleich tauglich zur Revue wie zum sich tadellos abwickelnden Scheingefecht, degradiert wird und daher nur sehr wenige unserer Offiziere einen Sinn für die kriegsgemäße Ausbildung besitzen. Und eben weil dem leider so ist, muß es als eine sehr gute Schule für die Offiziere angesehen werden, wenn sie ab und zu in den Landwehrlenten ein Menschennaterial zur Führung erhalten, mit dem sie im Kriege, wo die aktive Armee nur einen kleinen Bruchtheil des Heeres ausmacht, hantieren müssen. Sicht der Offizier in den Reservisten und Landwehrmännern nur schlappe Kerle, mit denen nichts anzufangen ist, so beweist das nur, daß er selbst keine kriegsgemäße Ausbildung genossen hat und im Felde seiner Aufgabe nicht so gewachsen sein kann, wie er es als Offizier eigentlich sein sollte.

Als drittes Mittel zur Aenderung der gespannten Zustände zwischen den aktiven Vorgesetzten und den Landwehrlenten möchten wir empfehlen, daß man beim Militär endlich einmal die Hege gegen den „inneren Feind“ unterläßt. Es giebt doch eigentlich keine lächerlichere Erscheinung als einen in Sozialistenfresserei machenden Offizier, denn von den rund 25 000 Epaulettenträgern Deutschlands haben kaum zehn eine nur halbwegs richtige Vorstellung von dem wahren Wesen der Sozialdemokratie. Keinem General wird es einfallen, einen Krieg zu führen, ohne vorher den künftigen Kriegsschauplatz, die Zahl, Bewaffnung und Fochweise des Gegners genau studirt zu haben, gegen die Sozialdemokratie aber schreibt man Ordren, ohne sie auch nur im geringsten zu kennen. Ein derartiges Herumsfahren mit der Stange im Nebel ist durchaus unsoldatisch und steht den Herren vom Säbel am schlechtesten an. Und wenn sie heute die vielen, natürlich streng vertraulichen Klasse, die sie zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bisher losließen, veröffentlichten würden, so könnten sie an dem homerischen Hohngeächter der „Umstürzler“ bemerken, wie sehr sie daneben gehauen hätten. Zu welcher Höhe diese heimliche Sozialistenfresserei schon gediehen ist, möge die Thatfache beweisen, daß junge Leutnants schon Themas mit dem Titel: „Wie bekämpft man am besten die Umstürzbewegung im Heere?“ oder: „Wie sind die jungen Mannschaften mit Rücksicht auf den heutigen Zeitgeist (wer gemeint ist, weiß man natürlich) zu behandeln?“ bearbeiten mußten. Da geht dann der Leutnant, der selbstverständlich keine Ahnung von den Konsequenzen der modernen Produktionsweise und der modernen kapitalistischen Entwicklung der letzten Decennien hat, von der Idee aus, der Sozialdemokrat habe nichts anderes vor, als das Straßenpflaster aufzureißen, Barrikaden zu bauen, und wenn er siegt, zu köpfen und zu

thellen.“ So schreibt denn der von oben zur Staatskretterei befohlene Offizier ein paar Bogen voll und drückt dabei die alten Leidenhöler, die Befestigung der Treue und Liebe zum angestammten Herrscherhaus, die Hebung des Sinnes für Gesetz und Ordnung und des Melpetts vor der hohen Obrigkeit nach Kräften breit. Diese „Bekämpfung des Umsturzes“ ist an sich ja zweifellos äußerst komisch, aber sie hat auch ihre nachtheilige Seite, weil sie im Offizier nur zu leicht die Neigung zur Sozialistenschmähelei weckt. Steht ein Soldat ernst aus, macht er auch den Eindruck, daß er sich nicht zu viel gefallen läßt, so erblickt der Vorgesetzte, der von der Angst vor dem rothen Geistes ergriffen ist, in dem Manne sofort einen „Sozi“, und was das für diesen bedeutet, braucht man wohl nicht erst zu sagen. Und nehmen die Reservisten und Landwehrlente nicht Alles, was man ihnen aufbürdet und bietet, mit freudigen Mienen hin, so sind sie überhaupt nur eine Bande von Revolutionären, denen ordentlich einzuhetzen ein großes Verdienst um Thron und Altar ist.

Man lasse also auch gefälligst die fortwährenden Hinweife auf den inneren Feind, die, wie die Zunahme der sozialistischen Stimmen beweisen, ja doch umsonst sind, sondern verlege sich lieber auf die Verbesserung der Behandlung, Löhnung und Verköstigung sowohl unserer aktiven Soldaten als auch der zur Übung eingezogenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Der Generalstreik der Leipziger Former dauert unverändert fort. Die Leipziger Vieherei-Unternehmer haben versucht, einen Theil ihrer Modelle zum Guß in Gera unterzubringen. Die dortigen Former erklärten sich jedoch mit ihren Leipziger Kollegen solidarisch und lehnten die Anfertigung ab. Drei der dortigen Firmen haben die Leipziger Modelle in Folge dessen wieder zurückgeschickt, bei der vierten kam es zum Konflikt. Drei Mann legten die Arbeit sofort nieder, die Uebrigen kündigten bis auf vier Mann. — In Reitz trat am 26. Juni vierundsiebzig Zimmerer in den Streik, um den Stundenlohn von 48 Pfennig zu erlangen. Nachdem einzelne Meister die Forderung sofort bewilligten, hat am 29. Juni der Streik mit einem vollem Siege der Arbeiter geendet. 38 Pfennig pro Stunde wurden als Minimallohn bewilligt.

**Schuhmacherstreik in Erfurt.** Der vor zwei Wochen signalisirte Ausstand in der von Streitenden gegründeten und nun in den Besitz von waschechten Sozialisten übergegangenen deutschen Schuhfabrik ist jetzt zur Thatfache geworden. Die zwischen der Kündigung des Arbeitsverhältnisses und dem Austritt aus der Fabrik liegende Zeit hat der Unternehmer benutzt, einestheils Arbeitswillige zu werben, andererseits die Fabrikordnung zu ändern, und zwar so zu ändern, daß von einer Bewegungsfreiheit in der Fabrik nicht mehr die Rede sein kann. Die Fabrikordnung hat u. a. eine bedeutende Aenderung erfahren, nämlich die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde. Die neunstündige Arbeitszeit ist damit verloren gegangen. Auch das Baden während der Arbeitszeit ist nicht mehr gestattet, es darf nur nach Feierabend besorgt werden. Die Journalturen (Zuthaten) müssen die Arbeiter bezahlen, oder wenn sie dies nicht wollen, sich einen dementsprechenden Abzug vom Lohn gefallen lassen. Unter den gekennzeichneten Umständen war selbst an eine Beilegung der Differenzen nicht zu denken. Das Personal der Fabrik wies mit Entrüstung diese „Friedensbedingungen“ zurück und erklärte sich gegen fünf Stimmen bereit, am letzten Freitag die Fabrik einmüthig zu verlassen. Die Zuschneider, die nicht gekündigt hatten, erklärten sich mit den übrigen Arbeitern solidarisch. Den auswärtigen Schuhmachern sei mitgetheilt, daß die Schuhfabrik nicht mehr Deutsche Schuhfabrik, sondern Mechanische Schuh-

## Ein Kampf um's Recht.

Roman von Karl Emil Franzos.

(61. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Zwei der Reiter mußten sich auf einem Pferde bequem; der Alte ritt neben Taras an der Spitze des Zuges. So wendeten sie sich im schärfsten Trabe über Acker und Wiesen in der Richtung gegen Korolowka und erreichten dann, gegen Norden abbiegend, die Heerstraße nach der Kreisstadt. Sie lag verlassen, nur etwa eine Viertelstunde vor der Stadt begegneten ihnen einige Bauern, welche erst so spät den Heimweg vom Wochenmarkte angetreten. Doch hatten sie sich nicht etwa überwichtigen Kaufgeschäften verspätet, sondern in der Schänke, und torleten nun angetrunken daher. Als sie plötzlich von der bewaffneten Schaar umzingelt und ausgefragt wurden, verjagte bei einigen mindestens der Schreck den Schnapsdunst aus dem schweren Kopfe. Auch sie gaben sämtlich an, daß die ständige Garnison im Vereine mit den Husaren zum Kampfe gegen den „Näher“ ausgezogen, und daß drinnen nur einige wenige Soldaten auf der Hauptwache und bei den Gefängnissen zurückgeblieben.

Nun bog sie von der Heerstraße auf einen Seitenweg ab, und Wassilij Sokolowicz diente als Führer, da er allein die Wille, wo sie den Wenzel-Hajel zuerst suchen wollten, genau kannte. Dieselbe lag an der Straße nach der deutschen Colonie „Mariahilf“ und war ein stattlicher einstöckiger Bau, von einem großen Hofraume umgeben, welcher durch ein starkes, eisernes Gitter von der Straße getrennt war. Im Hintergrunde schlossen sich große, ausgedehnte Obstgärten an, ebenso zur Rechten und Linken. Das nächste Haus war etwa fünf Minuten entfernt, die Stadt eine Viertelstunde.

Als Taras in die Nähe der Wille gelangte, hallte eben ein einzelner kreischender Ton durch die Luft. Die Thurm-

uhr verkündete die erste Stunde nach Mitternacht. Gleich darauf — man konnte schon die erleuchteten Fenster der Wille gewahren — erkönte aus nächster Nähe ein gellender Pfiff, ein zweiter folgte . . .

Die Leute stuzten. „Ein Hinterhalt!“ schrien sie. „Rück!“

„Vorwärts!“ befahl Taras und gab seinem Pferde die Sporen. „Der Schurke hat Späher aufgestellt, ihn zu warnen! Er ist im Hause! Seht doch!“

Er deutete nach der Wille, deren Fenster sich, eines nach dem andern, rasch verdunkelten. Als sie vor dem Gitterthore anlangten, fiel dasselbe bröhnend zu, der Schlüssel knarrte und der Mann, der diese Arbeit gethan, sprang in hastigen Schritten in die Veranda zurück.

„Die Aelte vor!“ befahl Taras. Einige von den Männern sprangen von den Pferden und begannen auf das Schloss loszuschlagen. Die Aelteren hieben mit den Kolben auf die Stäbe ein. Das starke Gitter bog sich; die dünneren Stäbe zersplitterten.

Da öffnete sich die Thür der Wille, und unter Vortritt zweier Fackelträger kam ein Greis heran, barhäuptig, einen Schlüssel in der Hand. Es war Herr v. Antoniewicz.

„Guten Abend, Ihr Leute!“ begann er. „Wozu verberbt Ihr mir nutzlos mein Gitter? Ich will Euch ja selbst öffnen, wenn ich nur erst erfahren, wer Ihr seid und was Ihr wollt.“

„Das weißt Du ohnehin! rief Taras. „Der Schurke ist im Hause!“

„Ja“, sagte der alte Mann und fuhr langsam und laut fort: „Wir wissen Alle, daß er Dir nicht mehr entfliehen kann. Darum will ich Dir selbst das Thor öffnen; wenn Du mir versprichst, daß uns anderen nichts geschieht und daß Du ihn mitnimmst und nicht gleich hier richtest. Wozu die nutzlose Aufregung für seine Braut, meine Tochter?“

„Du sprichst sehr vernünftig“, erwiderte Taras mit

bitterem Hohn. „Mir scheint, er hat einen würdigen Schwiegervater gefunden. Ich verspreche es. Define!“

Der Aelterer that es. Aufso und Nachso blieben mit der Hauptschaar auf der Straße zurück, nur etwa ein Duzend Leute sprengten mit Taras in den Hofraum und vertheilten sich da. Die einen umzingelten das Haus, die Aelteren drangen mit ihm ein.

„Wo ist der Mandatar?“ fragte Taras den Hausherrn. „Im ersten Stock“, erwiderte Herr Bogdan so ruhigen Tones, als wiese er irgend einen gleichgiltigen Besucher an seinen Schwiegerohn. „Dort wenigstens habe ich ihn zurückgelassen. Er brach zwar wie ohnmächtig zusammen, als ich ihm rundweg erklärte, daß ich ihn gegen Dich weder zu verhehlen noch zu schätzen vermöchte, aber er wird sich wohl inzwischen bereits gefaßt und in irgend einen Winkel verkrochen haben.“

Taras schritt die Treppe empor. Auf dem Absätze derselben erwarteten ihn Frau Antonia und die Gräfin knieend. Beide Frauen waren sichtlich in höchster Erregung, weinten und zitterten und umfaßten seine Kniee, als er an ihnen vorbeischießen wollte. „Gnade!“ jammerten sie, „verzeihe ihm!“ Taras suchte sich frei zu machen, aber sie hielten ihn mit aller Kraft fest, und er mochte gegen Frauen nicht Gewalt brauchen. „Laßt mich“, sagte er, „jedes Wort ist nutzlos.“

Aber sie ließen nicht von ihm ab. „Vor meinen Augen soll es geschehen?“ rief Frau Wanda verzweiflungsvoll und zerrüllte ihr Haar, daß sich die Flechten lösten und herabflutheten.

„Nein! Und wenn Ihr wollt, so könnt Ihr das Haus verlassen. Mit Weibern habe ich nichts zu thun.“

„Ach!“ wimmerte die Mutter, „was sollen wir beiden Frauen allein unter Deinen Leuten?“

„Sie werden Euch nichts thun. Uebrigens kann Euch Dein Gatte begleiten. Natürlich habt Ihr im Hofe zu bleiben.“

